



Studienabschlussbeihilfe für internationale Studierende

Dem Dezernat Internationale Beziehungen stehen begrenzte Mittel zur Verfügung, um ausländische Studierende in der Studienabschlussphase finanziell zu unterstützen und dadurch zu verhindern, dass ein laufendes Studium abgebrochen werden muss.

Ausländische Studierende in der Abschlussphase ihres Studiums (d.h. in den letzten ein bis max. zwei Semestern vor Abschluss des Studiums) können sich um diese Beihilfe bewerben, wenn sie

- nachweisen können, dass es sich um eine unvorhergesehene, unverschuldete und zeitlich befristete Notlage handelt und eine Unterstützung von anderer Seite nicht möglich ist, **und / oder**
- ihre bisher ausgeübten Nebentätigkeiten reduzieren müssen, um sich auf den Studienabschluss zu konzentrieren.

Bewerbungsfrist für das Sommersemester 2023: Montag, 2. Januar 2023 bis spätestens Dienstag, 31. Januar 2023

Das **Bewerbungsformular** sowie eine Übersicht mit den **einzureichenden Unterlagen** finden Sie unter:

<https://www.uni-heidelberg.de/de/studium/studienorganisation/studienfinanzierung/stipendien-und-foerderangebote/studienabschlussbeihilfe-fuer-internationale-studierende>

Die Entscheidung über den Antrag wird dem/der Bewerber*in ab Ende März 2023 schriftlich mitgeteilt.

Bei Fragen wenden Sie sich gerne an Frau Kumler. Bitte senden Sie den vollständigen Antrag mit allen erforderlichen Unterlagen **bis spätestens Dienstag, 31. Januar 2023** per E-Mail an:

Dezernat Internationale Beziehungen
Andrea Kumler
andrea.kumler@zuv.uni-heidelberg.de
Seminarstr 2
69117 Heidelberg

Datenschutzerklärung

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Verantwortlich im datenschutzrechtlichen Sinne ist die

Universität Heidelberg
Grabengasse 1
69117 Heidelberg
Deutschland

Die Universität Heidelberg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie wird durch den Rektor Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel gesetzlich vertreten.

E-Mail: rektor@rektorat.uni-heidelberg.de

Website: www.uni-heidelberg.de

2. Name und Anschrift der Datenschutzbeauftragten der Universität

Ass. jur. Christoph Wassermann
Seminarstr. 2
69117 Heidelberg
+49 6221 54-12070
datenschutz@uni-heidelberg.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Entscheiden Sie sich für eine Bewerbung um eine Studienabschlussbeihilfe, werden die in den Bewerbungsunterlagen abgefragten personenbezogenen Daten verarbeitet, um beurteilen zu können, ob in Ihrem Fall eine Studienabschlussbeihilfe gewährt werden kann und um mit Ihnen Kontakt aufnehmen zu können.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e in Verbindung mit Abs. 3 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) in Verbindung mit § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG).

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Bewilligungsverfahrens erforderlich. Das Fehlen von relevanten personenbezogenen Daten in den Antragsunterlagen kann zur Nichtberücksichtigung bei der Vergabe der Studienbeihilfen führen.

4. Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger der in den Bewerbungsunterlagen enthaltenen personenbezogenen Daten sind die Mitglieder der Vergabekommission bei der Universität. Zur Vermeidung von Doppelförderungen behalten wir uns vor, bei weiteren Organisationen (Evangelische Studierendengemeinde Heidelberg, Katholisches Universitätszentrum Heidelberg, Studierendenrat der Universität Heidelberg, Gesellschaft der Freunde Universität Heidelberg e.V., Studierendenwerk Heidelberg) abzufragen, ob Sie auch dort Förderleistungen beantragt und eventuell bewilligt bekommen haben.

5. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten werden unverzüglich nach Abschluss des Bewilligungsverfahrens vernichtet. Weitere Dokumentationen des Bewilligungsverfahrens mit Ihren Daten werden drei Monate nach dem Zugang der Ablehnung vernichtet. Dies gilt jeweils, soweit nicht eine längere Speicherung zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

6. Betroffenenrechte

Ihnen steht ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO) sowie ein Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO) oder Löschung (Art. 17 DS-GVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) oder ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) zu.

Ihnen steht ferner ein Beschwerderecht bei der Datenschutz-Aufsichtsbehörde, dem Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, zu.